

PIRATENPARTEI DEUTSCHLAND LANDESVERBAND BAYERN

Antragsbuch
Landesparteitag Bayern 2012.2



15./16. September 2012

Stadthalle Maxhütte-Haidhof
Regensburger Straße 75
93142 Maxhütte Haidhof (Oberpfalz)

Inhaltsverzeichnis

Hinweise und Formalien	3
Über das Antragsbuch	3
Akkreditierung und Stimmrecht	3
Hinweise zur Geschäftsordnung (GO)	4
Spezielle Wahlen und Abstimmungen	5
Anfahrt	5
Tagesordnung	6
Samstag 25.03.12	6
Sonntag 26.03.12	6
Tagesordnung in vorläufiger Fassung: Antragsblöcke	7
Wahlvorbereitung	9
X01: Wahlteilnahme	10
X02: Wahlkampf	12
X03: Termin des LPT zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl	14
Strukturanträge	15
S01: Landesprogramm des LV Bayern	16
S02: Grundsatzprogramm des LV Bayern	18
S03: 2/3-Mehrheit für Positionspapiere	20
X04: Erstellung des Wahlprogramms	22
X05: Rücknahme Programmentwicklungskonzept Bayern	24
X06: Altanträge als Positionspapiere	25
X07: Redaktionskommission	25
P54: Doppik vs. Kameralistik A	28
S05: Einführung von Mitgliederentscheid	28
X04: Erstellung des Wahlprogramms	29

Hinweise und Formalien

Über das Antragsbuch

In diesem Antragsbuch sind alle Anträge aus der Seite „Antragsblöcke“¹ in der Version vom 22. März 2012, 13:38 Uhr berücksichtigt.

Antragsarten:

PA Programmantrag

P Positionspapier

S Satzungsänderungsantrag

X Sonstiger Antrag

Bei Fragen zum Antragsbuch bitte eine E-Mail an haidefs@piratenpartei-bayern.de, oder vorstand@piratenpartei-bayern.de schreiben.

Akkreditierung und Stimmrecht

Stimmberechtigt ist nur, wer akkreditiert wurde.

Die Akkreditierung startet um 10:00 Uhr.

Hinweis Wichtig für Akkreditierung:

- ein gültiges Ausweisdokument (Personalausweis oder Reisepass)
- man darf mit seinen Beitragszahlungen nicht mehr als drei Monate im Rückstand sein

Hilfreich ist außerdem:

- ein Nachweis der Beitragszahlung, falls die Buchung noch nicht erfasst worden sein sollte
- ein Mitgliedsausweis (sofern schon erhalten)

¹ http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag_2012.1/Antragsfabrik/Antragsbl%C3%B6cke

Hinweis Es ist möglich, seinen Mitgliedsbeitrag auf der Versammlung in bar zu entrichten.

Über die Zulassung von Gästen, Presse, Livestream oder Aufzeichnung wird zum Beginn des Parteitages abgestimmt.

Haustiere sind am Parteitag nicht möglich.

Hinweise zur Geschäftsordnung (GO)

Jeder Pirat kann jederzeit durch Heben beider Hände das Vorhaben anzeigen, einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen zu wollen. Solch einer Wortmeldung ist nach der aktuellen Wortmeldung Vorrang zu geben. (GO §6.5. Abs. 1)

Hinweis Die Geschäftsordnung des bayerischen Landesparteitags und die Satzung des Landesverbandes Bayern finden sich im Wiki:

- http://wiki.piratenpartei.de/BY:Geschäftsordnung_des_bayrischen_Landesparteitags
- http://wiki.piratenpartei.de/BY:Satzung_des_Landesverband_Bayern

Nach der GO kann jeder akkreditierte Pirat folgende GO-Anträge an den Landesparteitag stellen (kein Anspruch auf Vollständigkeit):

Geheime Abstimmung Der Antrag fordert die geheime Abstimmung oder Wahl. (GO §4. Abs. 3)

Auszählung Der Antrag fordert eine genaue Auszählung bei unklaren Verhältnissen in einer Wahl oder Abstimmung. (GO §4. Abs. 5)

Wiederholung der Wahl/Abstimmung Die Versammlung kann die Wiederholung einer Wahl oder Abstimmung fordern. (GO §4. Abs. 8)

Alternativantrag Jeder Pirat kann einen Alternativantrag zu einem gestellten Antrag stellen. (GO §6.5. Abs. 2)

Ende der Rednerliste Schließt die Rednerliste nach dem letzten derzeit am Mikrofon stehenden Redner. (GO §6.5.1. Abs. 1)

Änderung der Tagesordnung Änderung der Tagesordnung. Dieser Antrag muss schriftlich gestellt werden. (GO §6.5.2. Abs. 1)

Änderung der Geschäftsordnung Die Änderung der Geschäftsordnung muss die Änderung im Wortlaut aufführen. Dieser Antrag muss schriftlich gestellt werden. (GO §6.5.3. Abs. 1)

Einholung eines Meinungsbildes Dieser Antrag bittet die Versammlung um ein Meinungsbild zu einer Frage. Das Meinungsbild kann nicht ausgezählt werden. (GO §6.5.4. Abs. 1)

Vertagung der Sitzung Der Antrag muss den gewünschten Zeitpunkt (Tag und Uhrzeit) der Fortsetzung enthalten. (GO §6.5.5. Abs. 1)

Unterbrechung der Sitzung Der Antrag muss die gewünschte Dauer (in Minuten) enthalten. (GO §6.5.6. Abs. 1)

Begrenzung der Redezeit Mit diesem Antrag kann man die Redezeit aller Redner einschränken. Der Antrag muss die gewünschte maximale Dauer (in Sekunden) zukünftiger Redebeiträge enthalten und die Angabe machen, wie lange diese Beschränkung gelten soll. (GO §6.5.7. Abs. 1)

Spezielle Wahlen und Abstimmungen

Alle Abstimmungen und Wahlen finden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit und offen statt, sofern nicht die Satzung, diese GO oder ein Gesetz ein anderes bestimmt. (GO §4. Abs. 1)

Hinweis Dies gilt nicht für

Vorstandswahl Diese Wahl ist geheim (kein Filmen, Streamen, Fotografieren!) (GO §5. Abs. 1). Gewählt ist der Kandidat, welcher die meisten Stimmen und eine absolute Mehrheit der sich nicht enthaltenden Abstimmenden erhält. (GO §5. Abs. 2)

Satzungsänderungsantrag Dieser Antrag benötigt eine 2/3-Mehrheit zur Annahme der Änderungen. (Satzung §11. Abs. 1)

Programmantrag Dieser Antrag benötigt eine 2/3-Mehrheit zur Annahme der Änderungen. (Satzung §11. Abs. 1)

Anfahrt

Bahn

Vom Bahnhof in der Bahnhofstraße bis zur Regensburgerstraße in Maxhütte-Haidhof sind es etwa 1,5 km.

Aus dem Zug raus und die Bahnhofstraße rechts entlang für etwa 650m, dann links in die Friedrich-Ebert-Straße.

Am Ende der Straße kommt man direkt auf die Regensburger Straße, hier links abbiegen.

Die Stadthalle befindet sich auf der linken Seite nach etwa 250m.

Tagesordnung

Samstag 25.03.12

- 10:30 Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Grußworte
- Abstimmung über Zulassung von Gästen sowie Übertragungen und Aufnahmen
- Wahl der Versammlungsleiter, Wahlleiter, Protokollanten und Rechnungsprüfer
- Beschluss der Tages- und Geschäftsordnung
- Behandlung des Antragsblocks "Strukturanträge"
- Behandlung des Antragsblocks "Wahlvorbereitung"⁹
- Behandlung der Anträge gemäß der Reihenfolge in der topantrag23-Liste
- 19:00 Vertagung des Parteitags auf den 26.03.

Sonntag 26.03.12

- 10:30 Wiedereröffnung der Versammlung durch den Versammlungsleiter
- Behandlung des Antragsblocks "Finanzanträge"
- Weiterbehandlung der topantrag23
- Behandlung des Antragsblocks "Metaanträge"
- Behandlung des Antragsblocks "Tier2"
- 18:00 Abschlussworte und Schließung der Versammlung durch den Vorsitzenden

Hinweis Über die endgültige Tagesordnung entscheidet allein der Parteitag.
Die letzte Entscheidung und Verantwortung über die Tagesordnung obliegt dem Parteitag.

Tagesordnung in vorläufiger Fassung: Antragsblöcke

Block „Strukturanträge“:

- S01 - Landesprogramm LV Bayern, S. 16
- S02 - Grundsatzprogramm LV Bayern, S. 18
- S03 - Zweidrittelmehrheit für Positionspapiere, S. 20
- X04 - Erstellung eines Wahlprogramms, S. 29
- X05 - Rücknahme Programmentwicklungskonzept, S. 24
- X06 - Altanträge als Positionspapiere, S. 25
- X07 - Redaktionskommission, S. 25

Block „Wahlvorbereitung“:

- X01 - Wahlteilnahme, S. 10
- X02 - Wahlkampfzentrale, S. 12
- X03 - Termin des LPT zur Aufstellung der Liste für die Bundestagswahl, S. 14

topantrag23-Anträge:

- A13 - Schutz der Privatsphäre, S. ??
- A07 - Hochschulpolitik und Forschung, S. ??
- A14 - Volksentscheide, S. ??
- A09 - Renten- und Krankenversicherungssystem, S. ??
- A22 - Strominfrastruktur, S. ??
- A11 - Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, S. ??
- A05 - ÖPNV/Mobilität, S. ??
- A06 - Grundeinkommen/ReSET/NESt, S. ??

- A18 - Polizei, S. ??
- A04 - Wirtschaftspaket (Kammernpflicht, Ladenschlussgesetz), S. ??
- A17 - Freie Software und Dateiformate in staatlichen Institutionen, S. ??
- A08 - Finanzpaket, S. ??
- A20 - Drogenpolitik, S. ??
- A12 - Unabhängige Staatsanwaltschaften, S. ??
- A01 - Videoüberwachung, S. ??
- A23 - Verfassungsschutz, S. ??
- A16 - Wahlsystem, S. ??
- A19 - Tierschutz, S. ??
- A10 - Altenpflege, S. ??
- A15 - Waffenrecht, S. ??
- A02 - Doppik vs. Kameralistik, S. ??
- P48 - GEMA-Reform, S. ??
- P43 - Abschaffung der Kindergartengebühren, S. ??

Block „Finanzanträge“ :

- S08 - Verteilungsschlüssel staatlicher Mittel, S. ??
- S09 - Neuregelung der Mittelverwendung, S. ??
- S10 - Verteilung der Parteienfinanzierung auf Landesverband und Bezirksverbände, S. ??
- S11 - Verteilungsschlüssel Parteienfinanzierung in die Satzung, S. ??
- S07 - Verteilungsschlüssel der Mitgliedsbeiträge, S. ??

Block „Metaanträge“ :

- S04 - Antragstagung, S. ??
- X09 - Zusatz zur Antragstagung, S. ??
- S05 - Mitgliederentscheid, S. 28
- S06 - Satzungsänderung per Mitgliederentscheid, S. ??
- X08 - Priorisierung von Anträgen durch demokratische Vorlegitimation, S. ??
- X10 - Freie Gewissensentscheidung von Piratenabgeordneten, S. ??

Block „Tier2“ :

- P29 - Breitbandausbau in Bayern, digitale Dividende, S. ??
- PA38 - Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft, S. ??
- PA45 - Bildung / Verfügbarkeit von Lerninhalten, S. ??
- P21 - Bauernhöfe statt Agrarfabriken, S. ??
- P25 - Begrenzung der Klassengrößen im Primär- und Sekundärbereich, S. ??
- P19 - Korruption, S. ??
- P11 - Konsequentes Einhalten von Menschenrechts- und Völkerrechtscharta, S. ??
- PA46 - Informationsfreiheitsgesetz, S. ??
- P01 - Positionspapier zum Verhältnis von Staat und Religion, S. ??
- P28 - Livestreams von Stadtraatsitzungen, S. ??
- P47 - Neues Schulsystem, S. ??
- P02 - Grundsätze unserer Bildungspolitik, S. ??

- P35 - Informationsrecht bei geheimen Maßnahmen, S. ??
- P24 - Landesbeauftragter für Bildung, S. ??
- danach weiter nach Liquidizer- Reihenfolge

Wildcard

Hinweis: Da es sich um einen Programmparteitag handelt, werden Satzungsänderungs- und sonstige Anträge, sofern sie nicht von entscheidender Bedeutung für die Programmatik oder die Arbeit des Landesverbandes sind, nicht behandelt. Diese Anträge werden aber auf eine "Wildcard" gesetzt, die immer zum Zug kommt, wenn unvorhergesehene Verzögerungen im Parteitagablauf, Unklarheiten über die weitere Reihenfolge, Auszählpausen o.Ä. auftreten, kurzum: wenn ungenutzte Zeit zur Verfügung steht. Die nachfolgend aufgeführte Reihenfolge ist willkürlich durch Mitglieder der Antragskommission festgelegt, aber empfehlenswert.

- X16 - Holodeck Kodex (geblockt mit "Holodeck Leserecht"), S. ??
- X17 - Holodeck Leserecht (geblockt mit "Holodeck Kodex"), S. ??
- X14 - Begrenzung der Mandatszeit für Mitglieder der Piratenpartei, S. ??
- X15 - Nachhaltiger Sprachgebrauch, S. ??
- X11 - Transparenz über alles, S. ??
- X12 - Störtebecker Stiftung, S. ??
- X13 - Verzicht auf Parteiausschlussverfahren (PAV), S. ??
- S12 - Schutz vor Unterwanderung durch unerwünschte Organisationen (Satzungsänderungsantrag), S. ??
- S13 - Einführung eines Crew-Prinzips nach bayerischer Prägung (Satzungsänderungsantrag), S. ??

Wahlvorbereitung

X01: Wahlteilnahme

Sonstiger Antrag Nr. X01
Antragssteller Oliver T. Vaillant
Wiki <http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/AufstellungzurWahl>

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Antrag

Der ordentliche Parteitag des Landesverbands Bayern der Piratenpartei Deutschland möge beschließen:

- Bundeswahlen: Der Landesverband Bayern nimmt an den nächsten Wahlen zum Deutschen Bundestag mit eigenen Wahlvorschlägen teil. Der Vorstand des Landesverbands ist hiermit beauftragt und angewiesen, alle rechtlichen, organisatorischen und tatsächlichen Handlungen vorzunehmen, um die Wahlteilnahme des Landesverbands zu bewirken.
- Bayernwahlen: Der Landesverband Bayern nimmt an den nächsten Wahlen sowohl zum bay. Landtag als auch zu den bay. Bezirkstagen mit eigenen Wahlvorschlägen teil. Die Vorstandschaften der Bezirksverbände des Landesverbands sind hiermit beauftragt und angewiesen, alle rechtlichen, organisatorischen und tatsächlichen Handlungen vorzunehmen, um die Wahlteilnahme des Landesverbands und seiner Gliederungen zu bewirken, soweit sie nicht nach Recht und Gesetz dem Vorstand des Landesverbands vorbehalten sind.

Begründung

Das Wahlrecht ist geprägt von großer Formenstrenge; die Zulassung zu einer öffentlichen Wahl erfordert daher eine Vielzahl streng formal geregelter Rechtsgeschäfte wie z.B.

- Beteiligungsanzeigen (je eine für Bundestags- und Landtagswahlen, sieben für die Bezirkstagswahlen);
- Ladungen zu Kandidatenaufstellungen (46 für Bundeswahlen und mindestens 97 Versammlungen für die Bayernwahlen),
- Dokumentation dieser Aufstellungsversammlungen,
- Einreichen der Wahlvorschläge (für Bayernwahlen sieben Wahlkreisvorschläge samt Unterstützungsunterschriften, für die Bundestagswahlen eine bay. Landesliste und 45 Direktkandidaten alias „Kreiswahlvorschläge“),

- und noch vieles anderes mehr.

In einigen Fällen sind diese reinen Formalia gesetzlich geregelt, doch für die meisten Fragen verweisen die Wahlgesetze pauschal auf „die Satzung der Parteien“²; in unserer Satzung findet sich da aber nur der § 10 in Abschnitt A der Satzung, der nur herzlich wenig aussagt, und deshalb haben wir ein Zuständigkeitsproblem: Alle formalen Rechtsgeschäfte sind nur dann rechtsgültig, wenn sie von jemand vorgenommen wurden, der dazu nach Recht und Gesetz auch ausdrücklich vertretungsbefugt war, kurz: der das Dokument auch unterschreiben durfte.

Nimmt der LPT diesen Antrag jedoch an, dann sind die Vorstände schon durch den einfachen LPT-Beschluss rechtlich ohne Weiteres befugt, die erforderlichen Rechtsgeschäfte vorzunehmen; der Antrag besagt jedoch nichts über die tatsächliche Organisation der Kandidaten; dabei müssen wir uns dann nur an das geltende Recht halten. Wird mein Antrag angenommen, dann fallen viele rein formale Gründe weg, mit denen uns die Zulassungsausschüsse die Wahlzulassung verweigern könnten – und wir schaffen es tatsächlich auf dem Wahlzettel.

²1. das BWahlG z.B. in § 21 Abs.1 Satz 3 und Abs.5 BWahlG, das bay. LWG z.B. in Art.28 Abs.4 Abs.1 bay. LWG

X02: Wahlkampf

Sonstiger Antrag Nr. X02
Antragssteller ander
Wiki <http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/Wahlkampf>

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Antrag

Die Piratenpartei ist in den letzten Jahren wesentlich über das Internet aktiv geworden. Diese Tatsache hat zu einer gegenüber den Altparteien deutlich erhöhten Kompetenz in Sachen Internetkommunikation geführt. Jetzt, wo wir auf dem besten Wege zu einer Bürgerpartei sind, geht es darum, auch internetferne Bevölkerungskreise insbesondere in Wahlkämpfen anzusprechen, zu mobilisieren und für Wahl unserer Partei und Kandidaten zu gewinnen. Deshalb soll die Wahlkampfarbeit über die bisherigen Gremien der Partei und das Internet ergänzt werden durch „Face to Face“ Veranstaltungen.

Bei allen Wahlkämpfen werden die Piraten in allen Groß- und Mittelstädten mit öffentlichen Veranstaltungen in Erscheinung treten. Für Kleinstädte und ländliche Regionen sind adäquate Formen öffentlichen Auftritts zu kreieren und zu praktizieren.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand ein zentrales Wahlkampfzentrum/Büro einzurichten, das in Zusammenarbeit mit einer professionellen Werbeagentur die Wahlkämpfe der Piraten auf allen Ebenen unterstützt. Die Mitglieder dieses Gremiums sollten im Rahmen freier Mitarbeiterverträge angemessen bezahlt werden. Das Gremium bestimmt einen Vorsitzenden, der Mitglied des Bundesvorstandes ist und/oder an diesen direkt berichtet.

Begründung

Es erscheint dringend notwendig, dass unsere Wahlkämpfe in hohem Maße professionalisiert werden, damit wir auch internetferne Bevölkerungskreise als WählerInnen gewinnen. Öffentliche Veranstaltungen haben einen hohen Aufmerksamkeitswert bei Bevölkerung und Medien weit über den Veranstaltungsort hinaus. Dabei sind Veranstaltungen in Groß- und Mittelstädten nicht hoch genug einzuschätzen. Insbesondere dann, wenn zusätzlich zu den politischen Inhalten kulturpolitische Angebote gemacht werden können. Die Identifikation zwischen Partei, ihren Vertretern und den Wählern dürfte durch persönliche Begegnungen wesentlich positiv beeinflusst werden.

Natürlich ist alle Wahlkampfarbeit auf die aktive ehrenamtliche Mitarbeit aller Mitglieder und Funktionsträger angewiesen. Diese dürfte aber bei den anstehenden Wahlkämpfen nicht ausreichen. Deshalb ist auf eine professionelle Werbeagentur zurückzugreifen, die uns inhaltlich, Psychologisch und werblich unterstützt.

Die anstehenden Wahlkämpfe erfordern auch von aktiven Piraten einen Fulltime-Job, der ehrenamtlich nicht zu bewerkstelligen ist. Deshalb sollen die Mitglieder des zentralen Wahlkampfteams angemessen bezahlt werden.

Da die Piratenpartei an der gesetzlich geregelten Wahlkampfkostenerstattung partizipieren wird, dürfte die Finanzierung der genannten Aktivitäten gesichert sein.

X03: Termin des LPT zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl

Sonstiger Antrag Nr. X03
Antragssteller Oliver T. Vaillant
Wiki http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/LPT_Liste_BTW

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl soll nach den Sommerferien stattfinden.

Begründung

Der früheste Termin zur Aufstellung von Kandidaten zur Bundestagswahl ist der 28.6.2012. Der Landesvorstand hat beschlossen, den Parteitag zur Aufstellung der Landesliste Juni/Juli 2012 durchzuführen. Im Extremfall ist dann kein einziger Direktkandidat gewählt worden, bevor die Liste aufgestellt wird. Für viele Piraten ist die Wahl der Kandidaten vor Ort ein wichtiges Qualitätskriterium, auf das sie bei der Aufstellung der Landesliste nicht verzichten wollen. Deswegen sollen im Juni/Juli 2012 zunächst die Direktkandidaten in ihren Wahlkreisen gewählt werden und nach den Sommerferien dann die Landesliste.

Das Argument, bei Formfehlern bräuchte man genug Zeit, um Notfalls den LPT wiederholen zu können, ist angesichts der Fristen nicht schlüssig.

Da die Ausschreibung eh bis Mitte April geht, kann der LPT das nun entscheiden.

Strukturanträge

S01: Landesprogramm des LV Bayern

Änderungsantrag Nr. S01
Antragssteller Fard
Betrifft Satzung des Landesverbands Bayern / §11(3)
Wiki <http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/LandesprogrammdesLVBayern>

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Hinweis Dies ist ein Konkurrenzantrag zu Antrag S02 auf Seite 18

Beantragte Änderung

§11(3) der Satzung des Landesverbands Bayern wird wie folgt neugefasst:

1 Der Landesverband übernimmt das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland. 2 Vom Landesparteitag kann ein eigenes Landesprogramm für den Landesverband Bayern sowie Wahlprogramme für Landtagswahlen verabschiedet werden. 3 Diese müssen auf den Werten des Grundsatzprogrammes basieren.

Begründung

Zuerst eine Übersicht der Änderungen:

1Der Landesverband übernimmt das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland. 2Vom Landesparteitag kann ein eigenes Wahlprogramm für Kommunal- und Landtagswahlen verabschiedet werden. 3Dieses muss auf den Werten des Grundsatzprogrammes basieren.

Im 2. Satz wird der Verweis auf Programme für Kommunalwahlen gestrichen (ist nicht Aufgabe des LVs/LPTs). Ausserdem wird die Möglichkeit geschaffen ein eigenes Landesprogramm zu erstellen. Dies war bisher nicht vorgesehen.

Nun zum eigentlichen Sinn des Antrags:

Die sehr schleppend vorangehende Programmarbeit im LV ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Landesebene gar nicht als „Programmebene“ wahrgenommen wird. Auf Landesebene war

bisher das beste mögliche Schicksal für einen Programmantrag dass er in den Untiefen des Wikis als „Positionspapier“ Staub sammelt. Speziell für landespolitische Themen (Bildung, Polizei, etc.) macht es Sinn neben konkreten Inhalten i

Unterschied zum Antrag

http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag_2012.1/Antragsfabrik/Grundsatzprogramm_des_LV_Bayern:

Im Gegensatz zum Antrag „Grundsatzprogramm des LV Bayern“ bleibt bei diesem Antrag der erste Satz

Der Landesverband übernimmt das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland. in der Satzung. Falls der Antrag von Boris angenommen wird, möchte dieser das aktuelle Bundesprogramm einzeln auf dem LPT abstimmen lassen. Dabei würde ein Landesgrundsatzprogramm entstehen, welches nur noch die im LV Bayern mehrheitsfähigen Positionen enthält. Dieses Landesgrundsatzprogramm wäre somit eine alternative bayerische Version des Bundesprogrammes. Dies ist meiner Meinung nach ein erster Schritt hin zu einer Abspaltung des LV Bayerns von der Piratenpartei Deutschland. Dieser Antrag hingegen will lediglich ein Landesprogramm ermöglichen, welches das Bundesprogramm ergänzt und nicht ersetzt.

S02: Grundsatzprogramm des LV Bayern

Änderungsantrag Nr. S02
Antragssteller Boris Turovskiy
Betrifft Satzung des Landesverbands Bayern / §11(3)
Wiki http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/Grundsatzprogramm_des_LV_Bayern

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Beantragte Änderung

§11(3) der Satzung des Landesverbands Bayern wird wie folgt neugefasst:

1Vom Landesparteitag kann ein eigenes Grundsatzprogramm für den Landesverband sowie Wahlprogramme für Landtagswahlen verabschiedet werden. 2Diese dürfen dem Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland nicht widersprechen.

Begründung

Zuerst eine Übersicht der Änderungen:

Bisherige Version: 1Der Landesverband übernimmt das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland. 2Vom Landesparteitag kann ein eigenes Wahlprogramm für Kommunal- und Landtagswahlen verabschiedet werden. 3Dieses muss auf den Werten des Grundsatzprogrammes basieren. Es wird also

- Der 1. Satz (Übernahme des Bundesgrundsatzprogramms) gestrichen, dafür ein eigenes Landesgrundsatzprogramm eingeführt - der wichtigste Punkt, Erläuterungen dazu weiter unten;
- Im (vormals) 2. Satz zudem der Verweis auf Programme für Kommunalwahlen gestrichen (ist nicht Aufgabe des LVs/LPTs);
- Der letzte Satz wird abgeschwächt, statt des schwammigen und zugleich restriktiven „Muss auf Werten basieren“ wird lediglich der direkte Widerspruch zum Bundesprogramm ausgeschlossen.

Nun zum eigentlichen Sinn des Antrags:

Die jetzige Fassung stammt aus einer Zeit, als weder die Größe noch die (auch regionale) Inhomogenität der Piratenpartei absehbar waren. Das Konzept, dass die Landesverbände programmatisch stets dem Bundesgrundsatzprogramm folgen müssen, wurde seitdem von allen wahlkämpfenden

LVs über Bord geworfen; Berlin hat auch ein eigenes Grundsatzprogramm verabschiedet. Der LV Bayern - obwohl es der größte Landesverband ist - verhält sich bisher äußerst zurückhaltend und brav, was uns und unseren Anliegen nicht gerade weiterhilft. Daneben sehe ich mindestens drei weitere Vorteile, die aus der Satzungsänderung entstehen:

S03: 2/3-Mehrheit für Positionspapiere

Änderungsantrag Nr.	S03
Antragssteller	Fard
Betrifft	Satzung des Landesverbands Bayern / § 11
Wiki	http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/Zweidrittelmehrheit_für_Positionspapiere

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Beantragte Änderung

Es wird beantragt, in der Satzung Abschnitt §11 einen neuen Absatz 3 einzufügen. Der bisherige Absatz 3 wird dann Absatz 4.

(3) Die Regelungen aus Absatz 1 und 2 gelten ebenso für die Annahme von Positionspapieren des Landesverbandes Bayern der Piratenpartei Deutschland.

Begründung

Die Satzungsänderung bewirkt, dass auch Positionspapiere eine 2/3-Mehrheit benötigen. Aus folgenden 2 Gründen schlage ich dies vor:

- Das aktuelle Konzepts für die Erstellung des Wahlprogramms (siehe BY:Programmentwicklung Bayern) sieht folgendes vor: Positionspapiere werden mit 50% beschlossen und aus den Inhalten dieser Positionspapiere wird ein Wahlprogramm erstellt. Dieses benötigt jedoch eine 2/3-Mehrheit. Ich sehe hier massiv Probleme auf uns zukommen. Positionspapiere, deren Inhalt unser Wahlprogramm bilden sollen, müssen auch mit 2/3-Mehrheit beschlossen werden.
- Es zeigt sich, dass Entscheidungen mit knapper Mehrheit sehr viel Unruhe innerhalb der Partei erzeugen können. Daher schlage ich eine 2/3-Mehrheit auch für Positionspapiere vor.

Auch wenn Positionspapiere und Programmanträge eine 2/3 Mehrheit benötigen, gibt es noch folgende Unterschiede:

- Inhalte, welche zu lang oder zu detailreich sind um in das Programm aufgenommen zu werden, können als Positionspapiere beschlossen werden.
- Programmanträge sollen mehr oder weniger in der beschlossenen Form in das Programm eingebaut werden. Bei Positionspapieren kann nur der Inhalt beschlossen werden, die Formulierung kann danach noch deutlich geändert werden (Z.B. um aus Positionspapieren ein gutes Wahlprogramm zu entwerfen).

Die Satzungsänderung ist von dem Antrag von Magnus für den BPT 2011.2 geklaut.

X04: Erstellung des Wahlprogramms

Sonstiger Antrag Nr. X04
Antragssteller CEdge
Wiki <http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/Wahlprogramm>

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Antrag

Der Landesparteitag möge folgendes beschließen:

Zur Entwicklung des Wahlprogramms können für den Landesparteitag Positionspapiere und Programmanträge für das Wahlprogramm eingereicht werden.

Der Landesvorstand wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Inhalte und Forderungen der Positionspapiere in das Landeswahlprogramm einfließen. Die Texte der Wahlprogrammanträge werden direkt in das Landeswahlprogramm übernommen.

Weiterhin wird der Landesvorstand beauftragt, für eine hinreichende redaktionelle und formelle (Reihenfolge der Punkte) Ausarbeitung des Landeswahlprogramms zu sorgen. Dies soll zeitig nach dem Abschluss der inhaltlichen Arbeit stattfinden, sodass das Wahlprogramm spätestens im Frühjahr 2013 beschlossen werden kann.

Falls ein Landesgrundsatzprogramm beschlossen wird, können analog Programmanträge für dieses gestellt werden. Für diesen Fall wird außerdem der Landesvorstand beauftragt, dafür zu sorgen, dass dieses redaktionell angemessen aufbereitet wird.

Begründung

Nachdem das im September 2010 vom Landesparteitag beschlossene Konzept zur Programmentwicklung nur in Teilen umgesetzt wurde, braucht es eine klärende Aussage des Landesparteitags und einen Beschluss zum weiteren Vorgehen.

Einige Piraten haben bereits aufwändig Positionspapiere umgesetzt, in der Erwartung, dass deren Inhalte wie zuvor beschlossen in das Wahlprogramm einfließen. Es wäre fatal, diese Arbeit zunichte zu machen. Gleichzeitig haben wir Anträge zum Wahlprogramm vorliegen, die wir nicht einfach außen vor lassen können und sollten. Also halten wir uns beide Wege offen.

So sollen auf den Parteitag im März und fortfolgend Inhalte beschlossen werden, aus diesen entsteht das Wahlprogramm. So haben wir ausreichend Zeit und die wesentlichen Inhalte des Wahlprogramms stehen fest, bevor Listen und Direktkandidaten gewählt werden.

Im Antragstext steht bewusst die Formulierung, dass der Landesvorstand dafür Sorge tragen soll, dass die Inhalte zu einem Landeswahlprogramm aufbereitet werden. Das muss nicht heißen, dass die Vorstandsmitglieder selbst dies vornehmen müssen, sie tragen aber die Verantwortung dafür, dass es geschieht.

Die Aussage zu einem eventuellen Landesgrundsatzprogramm ist, dass hierfür eigene Programmanträge gestellt werden sollen und dieses Programm - falls es beschlossen wird - ebenfalls aufbereitet werden soll, allerdings lediglich redaktionell (Rechtschreibfehler usw.).

X05: Rücknahme Programmentwicklungskonzept Bayern

Sonstiger Antrag Nr. X05
Antragssteller Spencer
Wiki http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/Rücknahme_Programmentwicklungskonzept

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Antrag

Der Landesparteitag beschließt, dass das Programmentwicklungskonzept für Bayern (dass am 09.04.2010 als sonstiger Antrag beschlossen wurde) zurückgenommen wird.

Begründung

Das Programmentwicklungskonzept wurde nicht umgesetzt und behindert - auch durch seinen obsoleten zeitlichen Rahmen - die Programmatische Entwicklung. Es fanden weder Programmtage statt noch wurden die Regelungen für IG, FG und SG angenommen.

Das ursprüngliche, nicht umgesetzte Programmentwicklungskonzept http://wiki.piratenpartei.de/BY:Programmentwicklung_Bayern

X06: Altanträge als Positionspapiere

Sonstiger Antrag Nr. X06
Antragssteller CEdge
Wiki http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/Altanträge_als_Positionspapiere

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Antrag

Der Landesparteitag möge folgendes beschließen:

Die auf dem Landesparteitag 2010.1 beschlossenen Anträge „Kennzeichnung von Polizeibeamten“, „Software in der öffentlichen Verwaltung“ und „„Neue“ Grundrechte“ werden, soweit nicht durch andere Beschlüsse ersetzt, zu Positionspapieren umdefiniert.

Begründung

Diese Anträge entstanden vor der dem Programmentwicklungskonzept und waren für das Landeswahlprogramm gedacht. Sie eignen sich ohne weiteres als Positionspapiere, da sie sehr ausführlich sind und auch eine Begründung enthalten.

Durch den Beschluss als Positionspapier können die Inhalte der Beschlüsse ins Wahlprogramm einfließen.

Die betroffenen Anträge stammen ausschließlich vom Urheber dieses Antrags. Dieser Antrag dürfte eine 2/3-Mehrheit benötigen, da die umdeklarierten Programmanträge mit selbiger beschlossen wurden.

Siehe auch

http://wiki.piratenpartei.de/Landesverband_Bayern/Landeswahlprogramm

http://wiki.piratenpartei.de/Archiv:Antragsfabrik_Bayern/Identifikation_von_Polizeikräften

http://wiki.piratenpartei.de/Archiv:Antragsfabrik_Bayern/Software_in_der_öffentlichen_Verwaltung

[http://wiki.piratenpartei.de/Archiv:Antragsfabrik_Bayern/\"Neue\"_Grundrechte](http://wiki.piratenpartei.de/Archiv:Antragsfabrik_Bayern/\)

X07: Redaktionskommission

Sonstiger Antrag Nr. X07
Antragssteller TurBor
Wiki <http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/Redaktionskommission>

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Antrag

Der Landesparteitag möge sich dafür aussprechen, dass bis zum nächsten Landesparteitag eine redaktionelle Bearbeitung des Parteiprogramms durchgeführt wird. Dabei soll das Programm und die beschlossenen Positionspapiere - insbesondere die auf dem Landesparteitag 2012.1 neu beschlossenen Punkte - klar und logisch strukturiert, von sprachlichen Mängeln bereinigt und stilistisch einheitlich gestaltet werden. Es dürfen keine inhaltlichen Veränderungen vorgenommen werden.

Die Überarbeitung wird durch eine durch den Vorstand oder den Landesparteitag einberufene Programmkommission in Zusammenarbeit mit den Autoren der betroffenen Programmpunkte durchgeführt.

Das so überarbeitete Programm bzw. Positionspapiere müssen, um Gültigkeit zu erlangen, durch den nächsten Landesparteitag ratifiziert werden. Zu diesem Zweck möge der Landesvorstand die vorgeschlagene Überarbeitung fristgerecht vor dem nächsten Landesparteitag zur parteiinternen Diskussion stellen und einreichen.

Begründung

Sollte sogar ein geringer Anteil der vorgeschlagenen Programmänderungsanträge angenommen werden, wird unser Parteiprogramm ziemlich chaotisch aussehen, und da die Anträge von sehr vielen verschiedenen Personen stammen, ist weder eine einheitliche Struktur noch ein einheitlicher Stil gewährleistet. Hinzu kommt, dass manche Anträge trotz inhaltlicher Stärke sprachlich schwach sind.

Der Antrag zielt darauf ab, bereits auf dem LPT einen Überarbeitungsvorgang einzuleiten, damit wir auf dem nächsten Parteitag die überarbeitete Version ratifizieren können. Es handelt sich dabei nicht um ein reines Korrekturlesen (Rechtschreib-/Grammatikfehler), da auch die Struktur sowie die stilistischen Gegebenheiten geändert werden sollten. Der Inhalt muss natürlich in vollem Umfang erhalten bleiben. Die eigentliche Arbeit wird wahrscheinlich von beauftragten Piraten durchgeführt, der Vorstand ist aber für die Umsetzung verantwortlich.

Falls der Antrag angenommen wird, kann auch die Diskussion über alle nachfolgenden Anträge auf dem Parteitag sich auf deren Inhalt und nicht eventuelle sprachliche Schwächen konzentrieren.

P54: Doppik vs. Kameralistik A

Positionspapier Antrag Nr. P54
Antragssteller Simon90L
Wiki <http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/Doppik+Kameralistik-A>

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Antrag

Der Landeshaushalt wird maßgeblich durch das verwendete Rechnungswesen bestimmt. Bayern verwendet noch die Kameralistik (Kameralbuchwesen), während einige Kommunen, Bundesländer und der Großteil der EU bereits die Doppik (doppelten Buchführung) eingeführt haben. Die Kameralistik bietet keinen Überblick über den Ressourcenverbrauch, eine Kosten- Leistungsrechnung kann nicht durchgängig implementiert werden. Es erscheint zweifelhaft, dass in Zeiten knapper Kassen das bisherige Rechnungswesen den neuen Anforderungen gewachsen ist. Darüber hinaus ist es wenig sinnvoll, wenn Land und Kommunen in unterschiedlichen Systemen wirtschaften. Wir befürworten daher eine Reformierung des Rechnungswesens mit der Zielrichtung, den Wechsel von der Kameralistik zur Doppik in ganz Bayern umzusetzen.

Begründung

<http://www.fw-bayern.de/uploads/media/doppik-kameralistik.pdf>

S05: Einführung von Mitgliederentscheid

Änderungsantrag Nr. S05
Antragssteller Rainer Wutta
Betrifft Satzung des Landesverbands Bayern / Abschnitt A§14
Wiki <http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/Mitgliederentscheid>

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Neuer §: Abschnitt A§ 14 Mitgliederentscheid

1. Wenn 5 % der stimmberechtigten Mitglieder zu einem Thema einen Mitgliederentscheid wünschen, wird dieser Entscheid vom jeweiligen Vorstand (Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsvorstand) innerhalb von 4 Wochen initiiert, durchgeführt und die Ergebnisse veröffentlicht.
2. Die Durchführung muß geheim per Urnenwahl und per Briefwahl erfolgen.
3. Das Quorum von 5% der stimmberechtigten Mitglieder bezieht sich auf die jeweilige Region in der der Mitgliederentscheid durchgeführt wird und für die dieser Entscheid bindend ist d.h. Land, Bezirk, Kreis und Gemeinde.
4. Stimmt die einfache Mehrheit der sich beteiligenden stimmberechtigten Mitglieder des Gebietes für dieses Thema, so ist es auf der jeweiligen Ebene Land, Bezirk, Kreis und Gemeinde - angenommen und bindend. Für Satzungsänderungen müssen mehr als 50 % der stimmberechtigten Mitglieder des Gebietes für das Thema stimmen.

Begründung

Der Mitgliederentscheid innerhalb der Partei entspricht dem Volksentscheid, den wir Piraten z.B. beim bedingungslosen Grundeinkommen fordern. Er ist eine Ergänzung zu Parteitage d.h. die Willensbildung der Mitglieder kann auch zwischen Parteitage stattfinden. Dies ist gelebte innerparteiliche Basisdemokratie als Vorbild für ganz Deutschland.

X04: Erstellung des Wahlprogramms

Sonstiger Antrag Nr. X04

Antragssteller CEdge

Wiki <http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag2012.1/Antragsfabrik/Wahlprogramm>

LPT: Angenommen Abgelehnt Zurückgezogen

Notizen:

Meinung: Dafür Dagegen Enthaltung

Hinweis Dies ist ein Konkurrenzantrag zu Antrag P54 auf Seite 28

Antrag

Der Landesparteitag möge folgendes beschließen:

Zur Entwicklung des Wahlprogramms können für den Landesparteitag Positionspapiere und Programmanträge für das Wahlprogramm eingereicht werden.

Der Landesvorstand wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Inhalte und Forderungen der Positionspapiere in das Landeswahlprogramm einfließen. Die Texte der Wahlprogrammanträge werden direkt in das Landeswahlprogramm übernommen.

Weiterhin wird der Landesvorstand beauftragt, für eine hinreichende redaktionelle und formelle (Reihenfolge der Punkte) Ausarbeitung des Landeswahlprogramms zu sorgen. Dies soll zeitig nach dem Abschluss der inhaltlichen Arbeit stattfinden, sodass das Wahlprogramm spätestens im Frühjahr 2013 beschlossen werden kann.

Falls ein Landesgrundsatzprogramm beschlossen wird, können analog Programmanträge für dieses gestellt werden. Für diesen Fall wird außerdem der Landesvorstand beauftragt, dafür zu sorgen, dass dieses redaktionell angemessen aufbereitet wird.

Begründung

Nachdem das im September 2010 vom Landesparteitag beschlossene Konzept zur Programmentwicklung nur in Teilen umgesetzt wurde, braucht es eine klärende Aussage des Landesparteitags und einen Beschluss zum weiteren Vorgehen.

Einige Piraten haben bereits aufwändig Positionspapiere umgesetzt, in der Erwartung, dass deren Inhalte wie zuvor beschlossen in das Wahlprogramm einfließen. Es wäre fatal, diese Arbeit zunichte zu machen. Gleichzeitig haben wir Anträge zum Wahlprogramm vorliegen, die wir nicht einfach außen vor lassen können und sollten. Also halten wir uns beide Wege offen.

So sollen auf den Parteitagen im März und fortfolgend Inhalte beschlossen werden, aus diesen entsteht das Wahlprogramm. So haben wir ausreichend Zeit und die wesentlichen Inhalte des Wahlprogramms stehen fest, bevor Listen und Direktkandidaten gewählt werden.

Im Antragstext steht bewusst die Formulierung, dass der Landesvorstand dafür Sorge tragen soll, dass die Inhalte zu einem Landeswahlprogramm aufbereitet werden. Das muss nicht heißen, dass die Vorstandsmitglieder selbst dies vornehmen müssen, sie tragen aber die Verantwortung dafür, dass es geschieht.

Die Aussage zu einem eventuellen Landesgrundsatzprogramm ist, dass hierfür eigene Programmanträge gestellt werden sollen und dieses Programm - falls es beschlossen wird - ebenfalls aufbereitet werden soll, allerdings lediglich redaktionell (Rechtschreibfehler usw.).